

**WAHL
2013**



**Deutscher
Familienverband**

Fachinformation

Familiengerechtigkeit auf dem Prüfstand

Wahlprüfsteine 2013

Inhaltsverzeichnis

Familiengerechtigkeit auf dem Prüfstand – Wahlprüfsteine 2013	Seite 2
Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2013	Seite 3
1. Priorität für Familien – konkret und konsequent?	
Seite 3	
CDU/CSU	Seite 4
SPD	Seite 4
FDP	Seite 5
Bündnis 90/Die Grünen	Seite 5
Die Linke	Seite 6
2. Mehr Familiengerechtigkeit für die Sozialversicherungen?	
Seite 6	
CDU/CSU	Seite 8
SPD	Seite 8
FDP	Seite 9
Bündnis 90/Die Grünen	Seite 10
Die Linke	Seite 10
3. Steuergerechtigkeit und finanzielle Sicherheit für Familien?	
Seite 11	
CDU/CSU	Seite 12
SPD	Seite 12
FDP	Seite 13
Bündnis 90/Die Grünen	Seite 14
Die Linke	Seite 15
4. Zeit für Familie? Wahlfreiheit bei Betreuung, Erziehung und Erwerbsarbeit	
Seite 15	
CDU/CSU	Seite 17
SPD	Seite 17
FDP	Seite 18
Bündnis 90/Die Grünen	Seite 19
Die Linke	Seite 20
Der Deutsche Familienverband – eine starke Gemeinschaft	Seite 21
So einfach können Sie Gutes für Familien tun	Seite 22

Familiengerechtigkeit auf dem Prüfstand – Wahlprüfsteine 2013

Jede künftige Bundesregierung wird sich angesichts der demografischen Krise daran messen müssen, ob sie den Mut zu einer Politik hat, die die Familie in den Mittelpunkt stellt, Menschen Mut zu Kindern macht und den Familien-Artikel 6 Grundgesetz ernst nimmt.

Unter dem Motto „Familiengerechtigkeit auf dem Prüfstand“ hat der DFV die Programme der Parteien zur Bundestagswahl kritisch unter die Lupe genommen. Wir haben das Wichtigste aus den Wahlprogrammen der fünf im Bundestag vertretenen Parteien zusammengestellt und mit den zentralen Anforderungen an eine nachhaltige Familienpolitik verglichen:

- ❖ *Jede Familie muss die Möglichkeit haben, selber ihre Existenz zu sichern und für sich zu sorgen.*
- ❖ *Ihr selbst erwirtschaftetes Existenzminimum darf der Staat Familien nicht über Steuern und Abgaben wieder wegnehmen.*
- ❖ *Familien, die nicht in der Lage sind, das Existenzminimum ihrer Kinder zu erwirtschaften, muss geholfen werden, wie es das Sozialstaatsgebot vorgibt.*
- ❖ *Familien brauchen echte Wahlfreiheit: Dazu gehören eine gute Betreuungsinfrastruktur und eine gute finanzielle Unterstützung der elterlichen Erziehungsleistung.*

Mit Blick auf die Ausrichtung der Programme haben wir zunächst gefragt:

- ❖ *Sind die Parteien bereit, Familienbelangen wirklich Vorrang zu geben und wo wollen sie nach einem Wahlsieg ihre Schwerpunkte setzen?*
- ❖ *Beim wichtigen Thema Sozialversicherung lautet die Prüffrage, wie die Parteien die Gerechtigkeitslücken für Familien bei Rente, Pflege und Krankenversicherung schließen und die Generationenverträge zukunftsfest machen wollen?*
- ❖ *Kritisch nachgeprüft haben wir außerdem, wie es weitergehen soll mit der finanziellen Situation der Familien: Was versprechen die Parteien den Familien bei Kinderfreibetrag und Kindergeld, was passiert mit dem Ehegattensplitting und wie sollen Kostentreiber rund um die Familie – von Mehrwertsteuer bis Wohnkosten – an die Zügel genommen werden?*
- ❖ *Unter dem Motto „Zeit für Familie“ schließlich stellen wir die Aussagen zur Wahlfreiheit zwischen Erziehungsarbeit und Beruf auf den Prüfstand: Stehen die Familien bei der Gestaltung einer familiengerechten Arbeitswelt künftig auf Augenhöhe mit der Wirtschaft oder geht die Fahrt weiterhin Richtung arbeitsplatzgerechte Familie?*
- ❖ *Wie viel Wahlfreiheit versprechen die Parteien den Familien – mit guten Betreuungsangeboten, aber auch mit Anerkennung und Unterstützung für die elterliche Erziehung und Betreuung?*

Soviel vorab:

Eine wirklich konsequent familienorientierte und dadurch nachhaltige Politik stellt keine Partei in Aussicht.

Klare Unterschiede gibt es allerdings in der Bedeutung, die die Parteien der Familie beimessen. Bei einigen Parteien wird das Ziel deutlich, ein neues breites Familien- und Gesellschaftsbild jenseits der klassischen Familienbeziehungen zu malen.

Der Wunsch, alle Formen des Zusammenlebens gleichzustellen, hat es ihnen aber auch schwer gemacht, klar und eindeutig die Familie in den Mittelpunkt zu stellen. Insgesamt stehen den großen Worten zu wenige verbindliche Zusagen für Familien gegenüber – und die werden quer durch die Parteien fast alle unter Finanzierungsvorbehalt gestellt oder sollen von den Familien selber finanziert werden.

Zukunftsfähige Projekte wie ein neuer Solidarpakt für Familien als gesamtgesellschaftliche Anstrengung, ein Familienwahlrecht oder ein Familien-TÜV für Gesetze haben es in kein Wahlprogramm geschafft. Misstrauisch macht auch, dass alle Parteien die Familienleistungen nach den Wahlen auf den Prüfstand stellen wollen.

Die Streichung von Betreuungsgeld oder Ehegattensplitting steht bei einigen Parteien schon fest im Programm – Vertrauen in nachhaltig gute Rahmenbedingungen fürs Familienleben schafft man so eher nicht.

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2013

1. Priorität für Familien – konkret und konsequent?

Familiengerechtigkeit lässt sich nur schaffen, wenn alle an einem Strang ziehen und zu einer enormen Anstrengung bereit sind. Das klappt nur, wenn die Parteien schon vor den Wahlen das klare Signal geben, dass sie zu einem Solidarpakt für Familien bereit sind. Denn wenn solche „Vorfahrtsregeln“ für Familie nicht im Wahlprogramm stehen, dann wird die Partei dafür auch nicht in einer künftigen Bundesregierung kämpfen und klar benennen, worauf sie dafür verzichten will, damit den Kindern keine riesigen Schulden hinterlassen werden.

Der erste „Prüflauf“ gilt deshalb dem Gesamtbild:

- ❖ *Welchen Stellenwert hat die Familie im Programm, steht sie im Mittelpunkt oder verschwindet sie hinter anderen Zielen als Spiegelstrich im Programm?*
- ❖ *Wo liegen die Prioritäten, für die man Geld in die Hand nehmen will?*
- ❖ *Welches Familien- und Gesellschaftsbild steht hinter den Aussagen?*
- ❖ *Schaffen die Parteien den Spagat, die Vielfalt des Zusammenlebens abzubilden, ohne dass die Bedeutung der Familie als verfassungsrechtlich geschützter Kern der Gesellschaft verloren geht?*

Damit aus Versprechen Politik wird, punkten vor allem konkrete Aussagen zu Strategien, die das politische Handeln zugunsten von Familien drehen und gleich auf mehreren Gebieten die Ampel für familienpolitische Fortschritte auf Grün stellen. Dafür fordert der DFV die Einführung eines Familienwahlrechts, einen Familien-TÜV für Gesetze und die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Umsetzung einer verfassungsfesten Familienpolitik. Auf allen politischen Ebenen müssen Familien über Familienbeauftragte und Familienmitbestimmung

endlich bei Entscheidungen, die ihren Lebensalltag betreffen, das gleiche Mitspracherecht haben wie Wirtschaft und Gewerkschaften. Finden sich in den Programmen klare Instrumente, um Familiengerechtigkeit in allen Lebensbereichen zu verankern oder bleibt es bei gutgemeinten Versprechungen?



Die Union will die Familienförderung zu einem Schwerpunkt ihrer Politik machen. Unter dem Motto „Familien fördern – in jeder Lebenssituation“ bekennt sie sich zum Verfassungsgebot der besonderen Förderung von Ehe und Familie.

Mit einer besseren steuerlichen Berücksichtigung von Kindern, einem Ausbau der Familienförderung und mehr Zeit sollen Familien gestärkt und junge Menschen ermutigt werden, sich für Kinder zu entscheiden.

Die Union betont die elterliche Erziehungsverantwortung und verspricht Familien Wahlfreiheit bei der Gestaltung ihrer familiären Lebenssituation und der Betreuung ihrer Kinder.

Mit einem Demografie-Check sollen Gesetze und öffentliche Investitionen auf ihre Auswirkungen für kommende Generationen überprüft werden. Damit soll sichergestellt werden, dass z.B. Schulen oder Straßen so geplant werden, dass sie auch bei einer schrumpfenden Bevölkerung sinnvoll genutzt werden können.

Die Einführung einer Familienverträglichkeitsprüfung für Gesetze wurde in der Union diskutiert, hat es aber nicht ins Wahlprogramm geschafft.

The SPD logo is a red square with the white letters 'SPD' inside.

Die SPD geht Familienpolitik vor allem aus dem Blickwinkel der Gleichberechtigung von Frau und Mann und der Gleichstellung vielfältiger Formen des Zusammenlebens an. Dafür wird sie das politische Handeln an der Leitlinie des „Gender Mainstreaming“ ausrichten.

Ihr Ziel ist die Doppelverdienerfamilie. Regelungen für Alleinverdienerfamilien im Steuer- und Sozialrecht sollen gestrichen werden. Familienpolitische Ausgaben wie das Betreuungsgeld werden zugunsten von Betreuungsangeboten abgeschafft.

Die Ehe wird für gleichgeschlechtliche Lebenspartner geöffnet, die auch im Steuer- und Adoptionsrecht gleichgestellt werden. Das Gleichheitsrecht in Art. 3 Grundgesetz soll um die sexuelle Identität ergänzt werden.

Stärker unterstützen will die SPD Freundesnetzwerke, Generationenbündnisse zwischen Jung und Alt, Bildungs- und Familienpatenschaften.

Die Familienmitglieder sollen als Individuen gestärkt werden, weniger die Familie als Verbund. Dafür will die SPD die Kinderrechte im Grundgesetz verankern und politische Maßnahmen darauf hin überprüfen, ob sie mit den international vereinbarten Kinderrechten vereinbar sind. Das Wahlalter soll auf 16 Jahre gesenkt werden.



Die FDP strebt die gleichwertige Anerkennung aller Formen von Lebens- und Verantwortungsgemeinschaften an und will sich vom „klassischen“ Bild der Lebensgemeinschaft von leiblichen Eltern mit ihren Kindern lösen.

Sie will gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften der Ehe gleichstellen und bis dahin im Steuerrecht und bei Adoptionen mit Ehepartnern gleichstellen. Auch Verantwortungsgemeinschaften von zwei und mehr Personen jenseits von Verwandtschafts- oder Liebesbeziehungen sollen stärker berücksichtigt und als neues Rechtsinstitut im BGB verankert werden.

Die elterliche Erziehungsverantwortung wird anerkannt, Erziehungsleistung soll auch bei der Messung des gesellschaftlichen Wohlstands und im Steuerrecht besser berücksichtigt werden. Gleichzeitig setzt die FDP zur Fachkräftesicherung aber auch auf eine „arbeitszeit-gerechte“ Kinderbetreuung.

Höchste Priorität hat allerdings der Schuldenabbau über eine Sparregel für den Staat. Auch alle familienpolitischen Leistungen kommen auf den Prüfstand. Durch eine Generationenbilanz sollen Leistungen für nachfolgende Generationen ihren Belastungen durch Staatsverschuldung, Pensionskosten und Verpflichtungen aus den Generationenverträgen gegenübergestellt werden



Gleichstellung für Frauen, Männer sowie Trans- und Intersexuelle und ein breites Familienbild stehen im Vordergrund der grünen Wahlaussagen.

In den Bundesministerien soll ein „Gender Budgeting“ eingeführt werden, das analysiert, von welchen Ausgaben Männer und Frauen jeweils profitieren.

Für gleichgeschlechtliche Paare wollen die Grünen die Ehe öffnen und sie bis dahin in allen Lebensbereichen gleichstellen. Im Grundgesetz soll verankert werden, dass niemand wegen seiner sexuellen Identität diskriminiert werden darf. Alle gelebten Familienmodelle sollen unter den Schutz von Artikel 6 Grundgesetz gestellt werden.

Im Familienrecht wollen die Grünen ein neues Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung schaffen, das die Beziehungen der Kinder zu ihren sozialen Eltern vor allem in Patchwork- und Regenbogenfamilien stärkt. Zusätzlich wollen die Grünen Konzepte für das Zusammenleben außerhalb der Familie fördern.

Kinder und Jugendliche sollen durch die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz und die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre besser berücksichtigt werden.

Als familienpolitische Schlüsselprojekte der nächsten Legislaturperiode nennen die Grünen die Abschaffung des Betreuungsgeldes und den Ausbau der Kinderbetreuung. Sie setzen auf Vollzeiterwerbstätigkeit und individuelle soziale Absicherung, steuer- und sozialrechtliche Regelungen, die sich am „Alleinverdienermodell“ ausrichten, sollen abgeschafft werden.

DIE LINKE. Im Vordergrund steht der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit und die Umverteilung von oben nach unten, aber auch von Privat zu Öffentlich.

Zur Finanzierung von starken staatlichen Solidarsystemen und einer gut ausgebauten Infrastruktur sind umfangreiche Steuererhöhungen geplant. Auch bei der Kinderbetreuung setzt die Linke vor allem auf die Förderung von Institutionen.

Familienpezifische Aussagen finden sich nur als Unterziffer im Kapitel „Solidarität neu erfinden: Gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit“. Hier wird Familie umrissen als Ort, wo Menschen jeder sexuellen Orientierung Verantwortung füreinander übernehmen. Homosexuelle Lebensgemeinschaften sollen vollständig mit der Ehe gleichgestellt werden.

Über eine Grundsicherung und die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz wollen die Linken Kinder unabhängig von den Eltern stärken. Auch zwischen Frau und Mann soll die individuelle Absicherung an die Stelle der Absicherung im Familienverbund treten.

2. Mehr Familiengerechtigkeit für die Sozialversicherungen?

Demografisch stehen die großen Generationenverträge vor riesigen Herausforderungen. Diese lassen sich nur mit den Familien bewältigen, in denen die Beitragszahler und die „helfenden Hände“ der Zukunft erzogen werden. Das gilt nicht nur für die Rente, sondern auch für die Pflege und die Krankenversicherung. Denn auch hier leistet jung für alt – zu Recht und im besten Sinne solidarisch.

Wenig solidarisch sind diese Systeme aber bislang mit ihren wichtigsten Leistungsträgern, den Familien.

Das Bundesverfassungsgericht hat die bestandssichernde Bedeutung der Kindererziehung für die umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme in mehreren großen Urteilen bestätigt und den Gesetzgeber aufgefordert, die Benachteiligung von Familien endlich zu überwinden – aber diese Vorgaben wurden seit Jahren immer wieder aufgeschoben.

- ◆ *Geben die Parteien den Familien klare und verbindliche Perspektiven, dass nach der Wahl endlich die Erziehungsleistung gerecht anerkannt wird oder bleibt es bei den verfassungswidrigen Schief lagen im Sozialsystem?*

Rente:

In der **Rente** muss Kindererziehung endlich als gleichwertiger Beitrag anerkannt werden und zu einem klaren Rentenplus führen.

Zur Zeit werden gerade einmal drei Jahre rentenrechtliche Kindererziehungszeiten pro Kind angerechnet, bei Geburten vor 1992 sogar nur ein Jahr. Als Einstieg in eine echte Elternrente fordert der DFV die Verdoppelung der Kindererziehungszeiten auf sechs Jahre pro Kind, und zwar unabhängig vom Geburtsdatum.

Kindererziehung ist echte Beitragsleistung – deshalb muss es die bessere Elternrente aus eigenem Recht geben, nicht nur als Anhängsel an eine Mindestrente!

Pflege:

In der **Pflege** muss endlich ernst mit dem Vorrang der häuslichen Pflege gemacht werden.

Um Familien als größte „Pflegestation“ der Nation zu unterstützen, muss das Pflegegeld deutlich erhöht werden, das im Moment z.B. in der Pflegestufe I nur gut ein Viertel vom Satz für die stationäre Pflege ausmacht. Erwerbstätige, die Angehörige pflegen, brauchen verbindliche, finanziell und sozialrechtlich abgesicherte Zeitangebote.

Für Familien mit demenzkranken Angehörigen ist ein neuer Begriff von Pflegebedürftigkeit überfällig. Damit diese Reform auch zu besseren Leistungen führt und nicht zu einem Umverteilungsspiel wird, müssen die Parteien außerdem aufzeigen, wie das steigende Pflegerisiko in einer alternden Gesellschaft finanziell abgesichert werden soll, ohne Familien noch mehr zu belasten.

Gesetzliche Krankenversicherung:

Auch in der **Gesetzlichen Krankenversicherung** (GKV) müssen Familien vor schleichenden Leistungskürzungen und heimlicher Privatisierung von Kosten geschützt werden.

Denn auch die Gesundheitspolitik setzt dreifach auf Familien:

Sie zahlen im Durchschnitt mehr Beiträge, als sie an Leistungen erhalten, sie erziehen die nächste Generation von Beitragszahler und sie sind Lernort für gesundheitsbewusstes Verhalten.

- ◆ *Haben die Parteien die Bedeutung der Familie fürs Gesundheitswesen erkannt oder wollen sie sie mit steigenden Zusatzversicherungen und -beiträgen noch stärker belasten?*
- ◆ *Wird die Familienmitversicherung beibehalten und endlich klargestellt, dass es sich dabei keinesfalls um ein „beitragsfreies“ Geschenk an die Familien handelt, sondern dass Versicherte schon jetzt Beiträge auf den Unterhalt von Kindern und nicht erwerbstätigen Ehepartnern zahlen?*

Abgabengerechtigkeit:

Und in allen sozialen Sicherungssystemen brauchen Familien **Abgabengerechtigkeit**. Bislang zahlen Familien in allen Sozialsystemen, auch der Kranken- und Pflegeversicherung, Beiträge auf den verfassungsrechtlich bestätigten Selbstbehalt (Existenzminimum) ihrer Kinder. Dadurch greift der Staat auf Einkommen zu, das Familien selbst für ihre Kinder erwirtschaften und das ihnen gehört.

Der DFV fordert einen Kinderfreibetrag in allen Sozialversicherungen, mit dem endlich zumindest das Existenzminimum von Kindern freigestellt wird.

- ◆ *Wie viel Abgabengerechtigkeit bieten die Parteien den Familien?*



Rente: Um Lebensleistung zu achten, soll für Niedrigrentner, die 40 Jahre versichert sind und privat vorgesorgt haben, die Rente auf 850 Euro aufgestockt werden. Dabei soll auch die Leistung von Menschen, die Kinder erzogen und/oder Angehörige gepflegt haben, stärker anerkannt werden. Weil diese „Lebensleistungsrente“ an hohen Voraussetzungen bis hin zur langjährigen Privatvorsorge hängt, werden aber voraussichtlich nur wenige Mütter künftig diese Mindestaufstockung bekommen.

Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren sind, soll von einem Jahr auf zwei Jahre angehoben werden. Eine allgemeine Ausweitung der rentenrechtlichen Kindererziehungszeiten ist nicht vorgesehen.

Pflege und GKV: Zur Unterstützung der häuslichen Pflege werden Beratungs- und Infrastrukturangebote sowie neue Wohnformen und die Vernetzung von Ehrenamt, Nachbarschaftshilfe und professionellen Dienstleistungen versprochen.

Ein höheres Pflegegeld für häusliche Pflege wird im Wahlprogramm nicht in Aussicht gestellt. Um Demenzkranke besser zu berücksichtigen, soll der Pflegebedürftigkeitsbegriff besser abgestuft werden und den Grad der Selbstständigkeit der Betroffenen berücksichtigen. Finanziell setzt die Union auf eine Erhöhung des Pflegebeitrags und die Förderung der privaten Pflegezusatzversicherung. In der Krankenversicherung will die Union am bisherigen System mit Gesundheitsfonds, gesetzlichen und privaten Versicherungen festhalten. Kostensteigerungen im Gesundheitswesen sollen durch die einkommensunabhängigen Zusatzbeiträge aufgefangen werden.

Abgabengerechtigkeit: Beitragsentlastungen durch einen Kinderfreibetrag oder Bonus in der Sozialversicherung, haben es nicht ins Wahlprogramm geschafft. Auch bei den Zusatzbeiträgen gibt es – über eine nicht familienspezifische Sozialklausel hinaus – keine Familienentlastung.



Rente: Zur Bekämpfung von künftiger Altersarmut will die SPD eine Solidarrente in Höhe von 850 Euro für Versicherte einführen, die mindestens 30 Beitrags- und 40 Versicherungsjahre aufweisen. Die Solidarrente soll aus Steuermitteln finanziert werden und auch familienbedingte Erwerbsverläufe besser abbilden.

Dafür will die SPD die Berücksichtigungszeiten für Kindererziehung „in angemessenem Umfang“ auch auf Eltern ausdehnen, die ihre Kinder vor 1992 geboren haben und wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten nicht in Vollzeit arbeiten konnten. Bis auf diese eng begrenzte Regelung ist keine bessere rentenrechtliche Anerkennung der Kindererziehung vorgesehen.

Pflege und GKV: Ein höheres Pflegegeld wird es auch mit der SPD nicht geben. Sie setzt zur Stärkung der häuslichen Pflege und zur Unterstützung pflegender Angehöriger auf eine verbesserte Infrastruktur und Unterstützungsnetzwerke aus Angehörigen, professionellen Dienstleistungen und bürgerschaftlichem Engagement vor Ort.

Um die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern, soll die 10tägige Pflegezeit nach dem Muster der Kinderkrankentage mit einer Lohnersatzleistung gekoppelt werden, für längere Pflege will die SPD eine flexible Pflegezeit mit Lohnfortzahlung und Rechtsanspruch auf Job-Rückkehr einführen. Beide Leistungen sollen aus der Pflegeversicherung finanziert werden. Mit einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff sollen die Bedürfnisse von demenzkranken Menschen

besser berücksichtigt werden.

Um die Mehrkosten in Pflege und Gesundheitswesen aufzufangen, will die SPD in der Pflege- und Krankenversicherung eine Bürgerversicherung einführen, in die alle Erwerbstätigen unabhängig von Einkommen, Lebenslage und Erwerbsstatus verbindlich einbezogen werden. Zusatzbeiträge werden abgeschafft. Wie sich die Umstellung für Familien rechnet, hängt auch davon ab, ob bei der Umgestaltung die Familienmitversicherung erhalten bleibt.

Abgabengerechtigkeit: Auch mit der SPD wird sich an den hohen Sozialabgaben von Familien nichts ändern: Kinderfreibeträge bei der Beitragsberechnung sind weder in der Rente noch in der neuen Bürgerversicherung bei Pflege und Krankenkassen vorgesehen.



Rente: Für die Absicherung des Alters setzt die FDP auf mehr private kapitalgedeckte Vorsorge. Eine bessere Anerkennung der Kindererziehung im Rentenrecht lehnt die FDP ab. Sie setzt sich für eine rein beitragsbezogene Rente ein – in den Blick nimmt die FDP dabei allerdings nur die Geldbeiträge, nicht die „generative“ Beitragsleistung Kindererziehung.

Pflege und GKV: In der Pflege setzt die FDP auf eine stärkere Privatvorsorge und will dafür die private Pflege-Vorsorge-Förderung ausbauen. Damit sollen auch Verbesserungen bei den Pflegeleistungen finanziert werden, die sich aus dem ebenfalls angestrebten neuen Pflegebegriff, z.B. für Demenzkranke, ergeben.

Um Pflegebedürftigen mehr Wahlmöglichkeiten zwischen ambulanter und stationärer Pflege zu eröffnen, verspricht die FDP die Stärkung ambulanter Pflegedienste und den Ausbau alternativer Pflegeformen, z.B. in Wohngruppen. Ein höheres Pflegegeld für die häusliche Pflege oder eine Lohnfortzahlung für Pflegezeiten sind nicht vorgesehen.

Auch in der GKV plädiert die FDP für mehr private Vorsorge. Um die Beiträge weiter von Lohn und Gehältern abzukoppeln, soll außerdem das Instrument der Zusatzbeiträge stärker genutzt werden.

Leistungsverbesserungen im Rahmen des GKV-Leistungskatalogs werden generell nicht in Aussicht gestellt, allerdings setzt sich die FDP für einheitliche Erstattungsrichtlinien bei Geschlechtsangleichungen bei Transsexualität ein. Reproduktionsmedizinische Angebote wie die künstliche Befruchtung sollen allen Menschen unabhängig von ihrem Familienstand offenstehen.

Abgabengerechtigkeit: Eine kinderzahlabhängige Berücksichtigung der Erziehungsleistung bei den Sozialbeiträgen oder der teuren privaten Zusatzvorsorge sieht die FDP nicht vor.



Rente: Die Grünen planen eine Garantierente, um niedrige Rentenansprüche aufzustocken. Sie soll mindestens 850 Euro für Neurentner betragen, die langjährig Mitglied der Gesetzlichen Rentenversicherung waren und dem Arbeitsmarkt 30 Jahre lang (in Teilzeit oder Vollzeit) zur Verfügung gestanden oder Kinder erzogen haben.

Die Anerkennung der Erziehungsleistung findet allerdings nur in einem schmalen Korridor statt: Es sollen bis zu 10 Jahre für Kinderbetreuung berücksichtigt werden, aber nur bis zum Rechtsanspruch auf U3-Betreuung, der ab 1.8.13 gilt. Vorrangig sollen Eltern ihre Rentenansprüche durch eigene Erwerbstätigkeit erwerben. Verheiratete Frauen und eingetragene Lebenspartner sollen außerdem über ein verpflichtendes Rentensplitting Rentenansprüche von ihrem Ehepartner zugesplittet bekommen. Im Gegenzug wird die Witwenrente abgeschmolzen.

Pflege und GKV: Unter dem Motto „Pflege im Quartier“ ist der Ausbau von ambulanten Pflege- und Unterstützungsangeboten und haushaltsnahen Dienstleistungen vorgesehen. Ein höheres Pflegegeld für die häusliche Pflege stellen auch die Grünen den Familien nicht in Aussicht. Verbesserungen sind nur für Erwerbstätige vorgesehen, die sehr kurzzeitig pflegen: Für sie soll eine dreimonatige Pflegezeit mit einer steuerfinanzierten Lohnersatzleistung eingeführt werden. Um die Bedürfnisse Demenzkranker besser abzubilden, wird ein neuer Pflegebegriff eingeführt.

Pflege- und Krankenversicherung sollen zu einer Bürgerversicherung umgestaltet werden, in die alle Bürger einbezogen und alle Einkommensarten (also auch Einkommen aus Kapital, Vermietung, Verpachtung etc.) herangezogen werden. Die Beitragsbemessungsgrenze soll auf das Niveau der Gesetzlichen Rentenversicherung steigen. Die Zusatzbeiträge werden gestrichen.

Für Familien kann diese Umgestaltung teuer werden, denn die Grünen wollen gleichzeitig die Familienmitversicherung für Ehepartner abschaffen. Kinder werden weiterhin mitversichert, zeitlich begrenzt auch Ehe- und Lebenspartner, die nicht erwerbstätig sind und Kinder erziehen oder Pflegeleistungen erbringen. Für alle anderen Ehepaare wird ein Beitragssplitting eingeführt und auf das gesplittete Einkommen jeweils der Beitragssatz bis zur (höheren) Bemessungsgrenze erhoben.

Abgabengerechtigkeit: Kinderfreibeträge sieht das grüne Konzept weder in GKV und Pflege noch in der Rentenversicherung vor.

DIE LINKE.

Rente: Die Linke fordert eine steuerfinanzierte Mindestrente von 1.050 Euro netto, die bei niedrigen Renten auch Erziehungsleistung besser absichern soll. Vor allem soll Rente aber aus Erwerbsarbeit kommen. Dafür fordert die Linke genügend öffentliche Angebote zur Kindererziehung und zur Betreuung von Pflegebedürftigen.

Die Rentenversicherung soll in eine Erwerbstätigenversicherung umgewandelt werden, in die alle Erwerbseinkommen und alle Erwerbstätigen, auch Selbstständige, Beamte und Politiker, einbezogen werden. Die Eckpunkte einer „guten Rente“ sollen im Grundgesetz verankert werden.

Pflege und GKV: Die häusliche Pflege in der Familie soll nicht mehr vorrangig gefördert werden. Statt dessen wird die Wahl zwischen ambulanten, teilstationären oder stationären Pflegeleistungen erleichtert. Mit einem neuen Pflegebegriff sollen Menschen mit Demenzerkrankungen angemessen einbezogen werden.

Für Pflege- und Krankenversicherung wird die Einführung einer Bürgerversicherung gefordert, in die alle Bürger mit allen Einkommensarten ohne Beitragsbemessungsgrenze einbezogen werden. Die geförderte private Pflegezusatzversicherung soll gestoppt und in der GKV alle Zuzahlungen und Zusatzbeiträge abgeschafft werden. Auf der Sollseite können für Familien allerdings deutlich höhere Beiträge und die Abschaffung der Familienmitversicherung stehen, da die Linke sich generell für die Abschaffung abgeleiteter Absicherungen im Familienverbund ausspricht.

Abgabengerechtigkeit: Einen Kinderfreibetrag für Sozialbeiträge auf das Familieneinkommen im Rahmen der neuen Bürgerversicherungen enthält das Programm nicht.

3. Steuergerechtigkeit und finanzielle Sicherheit für Familien?

Kinder bereichern das Leben. Aber fehlende Familiengerechtigkeit im Steuer- und Abgabensystem und eine zu niedrige Familienförderung machen arm. Damit Eltern für ihre Kinder sorgen können, sind Maßnahmen zum Mindestlohn und zur Armutsbekämpfung wichtig. Aber heutzutage kommt eine Familie sogar mit einem Facharbeiterlohn nicht mehr über die Runden. Deshalb können diese Maßnahmen **echte Steuergerechtigkeit und einen besseren Familienleistungsausgleich (FLA)** nicht ersetzen. Wir haben geprüft, ob Familien hier konkrete Verbesserungen in Aussicht gestellt werden – und zwar nicht irgendwann in ferner Zukunft, sondern als Priorität direkt nach einem Wahlsieg.

Das muss kommen:

Der Staat darf nicht auf den verfassungsrechtlich bestätigten Selbstbehalt der Familie zugreifen. Deshalb muss das Existenzminimum der Kinder von Steuern freigestellt werden. Dafür fordert der DFV die Erhöhung des steuerlichen Kinderfreibetrags von 7.008 Euro auf die Höhe des Grundfreibetrags für Erwachsene, der zur Zeit 8.130 Euro beträgt und 2014 auf 8.354 Euro steigt.

Dabei handelt es sich übrigens nicht um ein üppiges Steuergeschenk, sondern darum, dass Familien endlich nicht mehr vom Staat das Geld weggesteuert wird, das sie für ihre Kinder selbst erwirtschaften.

Die Steuergerechtigkeit muss durch eine echte Förderung via Kindergeld ergänzt werden, die abhängig vom Einkommen der Familie ist. Der DFV fordert dafür zeitgleich mit der Erhöhung des Kinderfreibetrages die Erhöhung des Kindergeldes auf 330 Euro. Dieser Betrag entspricht auch bei den von mehreren Parteien geforderten Steuererhöhungen der maximalen steuerlichen Wirkung des Kinderfreibetrags. Weil das Kindergeld und der Kinderfreibetrag miteinander gekoppelt sind, ist sichergestellt, dass Steuergerechtigkeit und echte Förderung lückenlos und sozial gerecht ineinander übergehen:

Die Förderung steigt mit sinkendem Einkommen und erreicht für einkommensarme Familien eine existenzsichernde Höhe. Für hohe Einkommen sinkt der Förderanteil auf Null, es handelt sich dann um reine Steuerrückerstattung.

Damit das klar ist, muss auf dem Steuerbescheid getrennt ausgewiesen werden, wie viel vom Kindergeld nur Steuerrückerstattung ist.

🔹 *Wie viel Steuergerechtigkeit und Förderung sind die Familien den Parteien wert?*

Mit der Umverteilung von einer Tasche in die andere haben Familien schlechte Erfahrungen gemacht. Ein dickes Minus bekommen deshalb Parteiversprechen, die die Familien selber zur Kasse bitten. Das gilt auch für die Abschaffung des Ehegattensplittings. Denn das Gros des Splittingvolumens geht nicht an reiche Kinderlose, sondern an Familien mit Kindern.

Familiengerechtigkeit zeigt sich deshalb auch darin, das **Ehegattensplitting** klar anzuerkennen als das, was es ist: keine Ehe- oder Familienförderung, sondern die sachgerechte und verfassungskonforme Besteuerung der Ehe und künftig auch der eingetragenen Lebenspartnerschaft als Erwerbs- und Wirtschaftsgemeinschaft. Das hat das Bundesverfassungsgericht mehrfach bestätigt. Damit das klar ist, plädiert der DFV dafür, künftig statt vom Ehegattensplitting ganz sachlich von einer gemeinsamen Veranlagung mit hälftigem Splitting zu sprechen.

Nicht nur bei der Einkommensteuer sind gerade Familien mit mehreren Kindern finanziell benachteiligt. Auch Mehrwertsteuer und Co. treffen sie stärker als kleinere Haushalte, und sie sind von steigenden Wohnkosten besonders betroffen. Der DFV fordert, Familien die Verbrauchsteuern zurückzuerstatten, die auf den Kindesunterhalt entfallen. Zumindest müssen Kinderprodukte komplett in den ermäßigten Mehrwertsteuersatz aufgenommen werden. Diese Forderung hat es in kein Programm geschafft. Viele Aussagen finden sich aber rund ums Thema Wohnkosten - wie wollen die Parteien hier die **Preisspirale für Familien bremsen?**



Steuer und FLA: Die Union wendet sich gegen Steuererhöhungen und will die sogenannte „kalte Progression“ abmildern, mit der Lohnerhöhungen automatisch durch einen höheren Steuertarif aufgezehrt werden.

Das Ehegattensplitting soll beibehalten und um ein Familiensplitting ergänzt werden. Dafür will die Union den Kinderfreibetrag ab 2014 schrittweise auf die Höhe des Freibetrags für Erwachsene anheben. Zugleich sollen auch das Kindergeld und der Kinderzuschlag für Geringverdiener erhöht werden, unklar ist allerdings noch, wann und in welcher Höhe. Zudem ist die Union bereits dabei, Familienleistungen auf den Prüfstand zu stellen.

„Weggerutscht“ ist leider der ermäßigte Mehrwertsteuersatz für Kinderprodukte, für den sich die CDU-Spitze einmal eingesetzt hat.

Armutsbekämpfung: Die Union will die Tarifpartner gesetzlich verpflichten, einen tariflichen Mindestlohn festzulegen. Einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn lehnt die Union ab.

Wohnkosten: In Gegenden mit angespanntem Wohnungsmarkt sollen Mieterhöhungen bei der Wiedervermietung begrenzt werden. Angestrebt wird außerdem eine bessere Wohneigentumsförderung für Familien über gezielte Anreize im Steuerrecht und bei der Förderung.



Steuer und FLA: Die SPD hat Steuererhöhungen ab einem Einkommen von 64.000 Euro (128.000 Euro für Ehegatten und Lebenspartner) angekündigt. Der Spitzensteuersatz soll auf 49% erhöht werden.

Den Familienleistungsausgleich will die SPD zu einem einkommensabhängigen Kindergeld umbauen. Berufstätige Familien mit zwei Kindern und einem Einkommen von unter 3.000 Euro monatlich sollen damit künftig ein bis zu 140 Euro pro Kind und Monat erhöhtes Kindergeld erhalten. Darin geht allerdings der Kinderzuschlag von maximal 140 Euro auf, den Geringverdiener bislang

bekommen. Für alle anderen Familien bleibt es zwar beim Kindergeld von 184 Euro (für dritte und weitere Kinder erhöhte Sätze). Aber die darüber hinaus gehende steuerliche Wirkung der Kinderfreibeträge wird „weggekappt“.

In der Diskussion ist außerdem die Streichung weiterer steuerlicher Abzugsmöglichkeiten für Ausbildung und Erziehung. Für die Finanzierung des neuen Kindergeldes sollen zudem alle Familienleistungen einer Überprüfung unterzogen werden.

Ein Minus für künftige Alleinverdienerfamilien ist auch der Plan, das Ehegattensplitting abzuschaffen. Ab einem Stichtag soll stattdessen für künftige Ehen und eingetragene Lebenspartnerschaften ein Partnerschaftstarif gelten, bei dem beide Partner individuell besteuert und nur gegenseitige Unterhaltspflichten berücksichtigt werden. Für Ehepartner, die ihre Lebensplanung auf das bisherige Steuersystem ausgerichtet haben, soll sich nichts ändern. Allerdings soll bei der monatlichen Lohnsteuer das sogenannte Faktorverfahren, bei dem beide Einkommen mit einem Durchschnittssatz besteuert werden, anstelle der Steuerklassenkombination III/V zur Norm werden – das senkt zwar die hohe Lohnsteuer für „mitverdienende“ Partner, aber es kann erwerbstätigen Ehepaaren passieren, dass sie dem Staat dann bis zur Steuererklärung ein „zinsloses Darlehen“ zahlen.

Armutsbekämpfung: Für einkommensschwache Familien wird der Kinderregelsatz in Hartz IV erhöht. Um vor Niedrigeinkommen zu schützen, will die SPD einen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro/Stunde einführen.

Wohnkosten: Der Anstieg der Mieten soll mit einer Mietpreisbremse begrenzt werden.



Steuer und FLA: Mit einer großen Steuerreform tritt die FDP in diesem Wahlkampf nicht an, eine spürbare Entlastung der Bürger soll erst ab 2015 auf der Agenda stehen.

Bis dahin setzt die FDP auf ein Belastungsmoratorium gegen Steuererhöhungen und die Bekämpfung der „kalten Progression“ durch regelmäßige Anpassungen des Einkommensteuertarifs. Außerdem will die FDP bis zum Ende der Legislaturperiode den Soli abbauen.

Plus für Familien: Der Kinderfreibetrag soll schrittweise auf die Höhe der Freibeträge für Erwachsene steigen.

Minus für Familien: Das Kindergeld soll nicht mitziehen, außerdem kündigt die FDP eine Überprüfung und Neuordnung aller familienpolitischen Leistungen an. In einem Modellprojekt soll die Bündelung aller kindbezogenen Leistungen mit einer „Kinderkarte“ erprobt werden.

Das Ehegattensplitting will die FDP beibehalten und auf gleichgeschlechtliche Lebenspartner ausdehnen. Allerdings würde die Steuerklasse V abgeschafft werden (siehe SPD).

Armutsbekämpfung: Einen gesetzlichen Mindestlohn lehnt die FDP ab, sie setzt stattdessen auf bestehende Instrumente wie das Tarifvertragsgesetz, das Arbeitnehmerentendengesetz und das Mindestarbeitsbedingungengesetz. Außerdem soll bei erwerbstätigen Hartz-IV-Empfängern künftig geprüft werden, ob eine sittenwidrige Entlohnung vorliegt – dann muss der Arbeitgeber zu viel gezahltes

Geld dem Job-Center zurückzahlen.

Das Problem, dass viele erwerbstätige Aufstocker nur deshalb Hartz IV bekommen, weil die Leistungen für Kinder zu niedrig sind, will die FDP über ein neues Bürgergeld für Bedürftige lösen, in dem ALG II, Kinderzuschlag und Wohngeld zusammengefasst werden. Dabei geht es aber nicht darum, Leistungen für Kinder auszubauen, sondern durch eine Änderung der Anrechnungsregeln bessere Anreize zur Aufnahme einer vollzeitnahen Tätigkeit zu schaffen.

Wohnkosten: Die FDP lehnt gesetzliche Mietbremsen ab. Sie setzt fürs bezahlbare Wohnen auf mehr Investitionen im Wohnungsbau.



Steuer und FLA: Die Grünen setzen auf deutliche Steuererhöhungen.

Der Spitzensteuersatz soll schon bei einem Einkommen von 60.000 Euro (120.000 Euro bei Paaren) auf 45% angehoben werden und bei 80.000/160.000 Euro bei 49% liegen. Gleichzeitig wird aber der Grundfreibetrag auf 8.700 Euro angehoben.

Mehrbelastungen kommen auf jeden Fall auf Alleinverdienerfamilien zu, denn die Grünen wollen das Ehegattensplitting vollständig abschaffen und durch eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag für Ehegatten und eingetragene Lebenspartner ersetzen.

Auch bestehende Ehen sind betroffen. Dafür wird zunächst für Paare mit einem Familieneinkommen ab 60.000 Euro brutto die Splittingwirkung auf 1.500 Euro gedeckelt. Der Deckel soll innerhalb von 10 Jahren abgebaut werden, so dass dann alle Familien einbezogen sind. Die Steuermehreinnahmen sollen zur Finanzierung von Kitas, Ganztagschulen und perspektivisch zum Aufbau einer Kindergrundsicherung genutzt werden. Darin sollen dann auch das Kindergeld, die steuerlichen Kinderfreibeträge, die Kinderregelsätze und der Kinderzuschlag vollständig aufgehen. Wie sich das Ganze für Familien am Ende rechnet, ist noch offen, da für die Kindergrundsicherung keine Zahlen genannt werden – auf jeden Fall wird die Abgrenzung von Steuergerechtigkeit und Familienförderung noch schwieriger als heute.

Armutsbekämpfung: Für bedürftige Familien soll der Kinderregelsatz erhöht und 2014 neu berechnet und um Ausgaben für gesellschaftliche Teilhabe ergänzt werden. Dafür werden 500 Mio. Euro reserviert. Um Niedrigeinkommen zu bekämpfen, wollen die Grünen wie die SPD einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro einführen.

Wohnkosten: Um die Wohnkosten zu senken, fordern die Grünen eine Mietpreisbremse bei Wiedervermietungen und in laufenden Verträgen. Teurer könnte das Wohnen trotzdem werden, weil die Grünen einen größeren Spielraum nach oben bei der Grundsteuer planen. Preissteigerungen können auch über die geplante Energiewende auf die Familien zukommen. Dafür wollen die Grünen Transferleistungen wie Hartz IV an gestiegene Strompreise anpassen.

DIE LINKE. **Steuer und FLA:** Mit den schärfsten Steuererhöhungen treten die Linken an.

Der Spitzensteuersatz soll von 42 auf 53 Prozent erhöht werden und bereits für Einkommen ab 65.000/130.000 Euro gelten. Ab 1 Mio. Euro Jahreseinkommen gibt es eine zusätzliche Reichensteuer von 75%. Zur Entlastung von unteren und mittleren Einkommen will die Linke den Grundfreibetrag auf 9.300 Euro erhöhen und den Tarifverlauf bis brutto 6.000 Euro glätten.

Stärker zur Kasse gebeten werden auf jeden Fall Alleinverdiener-Familien. Die Linke fordert die vollständige Abschaffung des Ehegattensplittings auch für bestehende Ehen.

Für Kinder will sie als Sofortmaßnahme das Kindergeld für die ersten zwei Kinder auf 200 Euro erhöhen, für weitere Kinder entsprechend gestaffelt. Außerdem unterstützt die Linke das von mehreren Wohlfahrtsverbänden geforderte Modell einer Kindergrundsicherung, das sich am verfassungsrechtlichen Existenzminimum von Kindern ausrichtet. Die Familien finanzieren das Modell allerdings selbst.

Im geforderten Verbändemodell sollen über 80 Prozent der erforderlichen Mittel durch die Abschaffung des Ehegattensplittings, die Besteuerung der Leistung bei den Familien sowie den Wegfall des Kindergeldes, des Kinderfreibetrages und aller kindbezogenen steuerlichen Absetzungsmöglichkeiten und weiterer sozialpolitischer Leistungen für Kinder wie Kinderzuschlag, Sozialgeld, Unterhaltszuschuss etc. finanziert werden.

Armutsbekämpfung: Für Niedrigeinkommen wird das Arbeitslosengeld II auf 500 Euro erhöht, auch die Hartz-IV-Sätze für Kinder sollen neu berechnet und erhöht werden. Die Linke fordert außerdem einen Mindestlohn von 10 Euro/Stunde.

Wohnkosten: Die Linke will Mietsteigerungen ohne Wohnwertverbesserungen ausschließen.

4. Zeit für Familie? Wahlfreiheit bei Betreuung, Erziehung und Erwerbsarbeit

Zeit ist ein wichtiger, vielleicht der wichtigste Erfolgsfaktor für Familie, Kindererziehung und Partnerschaft. Deshalb brauchen Eltern die Freiheit der Wahl, so leben zu können, wie es für sie und ihre Kinder am besten passt.

Besonders anschaulich hat das das Bundesverfassungsgericht 1998 im Kinderbetreuungsurteil formuliert:

Eltern muss es gleichermaßen möglich sein, teilweise und zeitweise auf eine eigene Erwerbstätigkeit zugunsten der Betreuung ihrer Kinder zu verzichten wie auch Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit miteinander zu verbinden. Der Staat muss auch die Voraussetzungen schaffen, dass die Wahrnehmung der familiären Erziehungsaufgabe nicht zu beruflichen Nachteilen führt, dass eine Rückkehr in eine Berufstätigkeit sowie ein Nebeneinander von Erziehung und Erwerbstätigkeit für beide Elternteile einschließlich eines beruflichen Aufstiegs während und nach Zeiten der Kinderbetreuung ermöglicht und dass die Angebote der institutionellen Kinderbetreuung verbessert werden.

Wahlfreiheit bei der Gestaltung von Erziehungs- und Erwerbsarbeit setzt eine familiengerechte Arbeitswelt voraus, in der die Bedürfnisse von Kindern und Eltern ernst genommen werden.

Der DFV fordert Zeitangebote, die von der Familie her denken und mit den Lebensphasen der Familie „mitwachsen“. Dazu gehören Teilzeitmodelle, die sich die Familien auch leisten können. Deshalb fordert der DFV eine Familienteilzeit, die so gefördert wird wie jahrelang die Altersteilzeit. Nicht in jeder Familienphase funktioniert zudem das Nebeneinander von Kindererziehung und Erwerbsarbeit, womöglich in Vollzeit. Deshalb brauchen Familien auch geschützte Zeitphasen für ihre Kinder.

- ◆ *Welche Zeitangebote machen die Parteien den Familien?*
- ◆ *Wie stehen sie zur wichtigen dreijährigen Elternzeit als arbeitsrechtlich geschütztem Zeitraum und finden sich Maßnahmen, die Eltern beim Wiedereinstieg und Aufstieg nach Erziehungsphasen gezielt unterstützen, zum Beispiel durch die Anerkennung von Familienarbeit als Qualifikation bei Einstellungen und Beförderungen?*
- ◆ *Und wie konkret sind die Zusagen?*

Aussagen zur flexiblen Arbeitszeit haben Konjunktur, aber nicht alles, was flexibel klingt, ist auch familiengerecht – und nicht alles, was familiengerecht ist, wird auch umgesetzt.

Ein besonderes Plus aus Familiensicht verdienen deshalb Maßnahmen, die die Position der Familien in der Arbeitswelt direkt stärken, zum Beispiel ein verbindlicher Rechtsanspruch auf Familienteilzeit für alle Arbeitnehmer, ein Familien-TÜV fürs Arbeitsrecht und die Bindung öffentlicher Aufträge an eine familienorientierte Unternehmenspolitik.

Wahlfreiheit muss es aber auch bei der Kinderbetreuung geben. Dafür brauchen Familien Kinderbetreuungsangebote, und zwar bessere als jetzt.

Kurz vor den Wahlen beginnt der Rechtsanspruch auf eine Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr – und schon jetzt zeichnen sich in vielen Kommunen Billiglösungen ab.

- ◆ *Wie wollen die Parteien nicht nur die Zahl, sondern auch die Qualität der Betreuungsangebote bundesweit sicherstellen?*

Aber die Parteien müssen auch sagen, wie ernst sie die Erstverantwortung der Eltern für die Erziehung ihrer Kinder nehmen.

- ◆ *Soll die Entscheidung über die „richtige“ Form der Betreuung bei den Eltern liegen – oder soll sie ihnen verstärkt von Staat und Politik vorgegeben werden?*

Der Staat hat laut Grundgesetz die Pflicht, die Kinderbetreuung in der von den Eltern gewählten Form in ihren tatsächlichen Voraussetzungen zu ermöglichen und zu fördern.

- ◆ *Welche Voraussetzungen sagen die Parteien den Familien zu und wie viel Zeit soll Eltern mit ihren Kindern und Kindern mit ihren Eltern bleiben?*
- ◆ *Dabei geht es auch um die Frage, wie die Parteien zum Betreuungsgeld stehen und wie künftig die Betreuung von Kindern gefördert werden soll?*

Der DFV fordert dafür ein Betreuungsbudget von 700 Euro pro Kind, das in den ersten Lebensjahren des Kindes statt bei den Institutionen direkt bei den Familien ankommt und alle Betreuungsformen gleich anerkennt und gleichwertig fördert: die häusliche Betreuung, die Tagesmutter und die Krippe.

Stärkung der Familien oder Stärkung der Institutionen: Der DFV will die verschiedenen Positionen der Parteien in diesem verminten Feld deutlich machen – damit Familien wenigstens hier die echte Wahl haben.



Wahlfreiheit bei Erziehungs- und Erwerbsarbeit: Die Union setzt auf Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Lebensmodellen und will Familien selbst darüber entscheiden lassen, wie sie ihre familiäre Lebenssituation, ihre Berufstätigkeit und den Alltag gestalten.

Unternehmen sollen dabei unterstützt werden, mit flexiblen Arbeitszeiten, Teilzeit und Telearbeit Arbeitsplätze besser auf die Bedürfnisse von Familien anzupassen. Im Vordergrund stehen dabei allerdings Arbeitszeitmodelle, bei denen beide Elternteile möglichst vollzeitnah – also gut 30 Stunden pro Woche – arbeiten.

Um Eltern die Rückkehr von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung zu ermöglichen, soll ein Rechtsanspruch eingeführt werden. Die Erwerbstätigkeit von Eltern will die Union auch mit einer Großelternzeit unterstützen, für die es allerdings kein Elterngeld geben wird. Außerdem soll ein Teilelterngeld eingeführt werden, dass bis zu 28 Monate bezogen werden kann.

Um berufliche Auszeiten zur Erziehung von Kindern, zur Weiterbildung, aber auch für die Pflege der eigenen Eltern oder Angehörigen zu ermöglichen, wird geprüft, wie die Attraktivität und Verbreitung von Lebensarbeitszeitkonten erhöht werden kann. Um den beruflichen Wiedereinstieg zu unterstützen, fordert die Union Weiterbildungsmaßnahmen während der Familienphase und will ein „Wiedereinstiegs-Bafög“ einführen.

Wahlfreiheit bei der Betreuung: Die Union bekennt sich ausdrücklich zur elterlichen Erziehungsverantwortung und zur Bedeutung der Familie für die Bildung der Kinder. Mit dem Betreuungsgeld ist damit für die ersten Lebensjahre zumindest eine kleine finanzielle Unterstützung gegeben, die allerdings von einer echten „Wahlfreiheitsleistung“ noch weit entfernt ist.

Gleichzeitig soll eine bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung bundesweit sichergestellt werden, die auch 24-Stunden-Kitas und andere flexible Betreuungsangebote umfasst, um auf wechselnde Arbeitszeiten der Eltern einzugehen.

Das schafft wichtige Angebote für erwerbstätige Eltern – gerät mit seiner Ausrichtung an der „arbeitszeitgerechten Betreuung“ aber auch in einen gewissen Widerspruch zum Motto Zeit für Familie. Geplant ist außerdem der Ausbau der Kindertagespflege und der Betreuungseinrichtungen für Schulkinder.



Wahlfreiheit bei Erziehungs- und Erwerbsarbeit: Die SPD setzt vor allem auf die erwerbstätige Familie, in der die Partner beide vollzeitnah berufstätig sein und sich Kindererziehung und Beruf teilen. Für sie ist eine neue zeitlich befristete Familienarbeitszeit geplant, die es Eltern ermöglicht, ihre Arbeitszeit gleichzeitig zum Beispiel auf 30 Wochenstunden zu reduzieren.

Im Teilzeit- und Befristungsgesetz soll für Eltern und pflegende Angehörige der Rechtsanspruch auf Reduzierung der Arbeitszeit um einen Anspruch auf Rückkehr zur alten Arbeitszeit ergänzt werden.

Über mehr Job-Sharing-Angebote sollen die Chancen von Frauen in Führungspositionen verbessert werden, die Frauenförderung wird auch zu einem Kriterium für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Auch die Regelungen beim Elterngeld werden für Eltern, die gleichzeitig ihre Arbeitszeit reduzieren, verbessert. Sie sollen künftig 14 Monate lang Elterngeld beziehen können, allerdings ohne dass die Gesamtsumme steigt. Alleinerziehenden soll es möglich

werden, bei gemeinsamer Sorge 14 Monate lang Elterngeld zu erhalten, auch wenn der andere Elternteil kein Elterngeld bezieht.

Das Basiselterngeld für Hartz-IV-Empfänger soll wieder anrechnungsfrei sein. Um kurzzeitige Arbeitsunterbrechungen z.B. für Pflege und Betreuung zu ermöglichen, werden Anreizsysteme für Betriebe versprochen, die Lebensarbeitszeitkonten und Arbeitszeitkonten einführen, wobei aber offen bleibt, wie Eltern bei ihrem Zeitmangel auch noch Zeit ansparen können.

Wahlfreiheit bei der Betreuung: Um die verstärkte Erwerbstätigkeit von Frauen in vollzeitnaher Tätigkeit zu ermöglichen, ist der flächendeckende Ausbau von Ganztagsbetreuung geplant. Dafür soll der Rechtsanspruch auf U3-Betreuung zu einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung weiterentwickelt werden. Auch die Kindertagespflege soll durch eine bessere Qualifizierung, Fortbildung und Bezahlung von Tagesmüttern verbessert werden, um Eltern eine Alternative zur Krippe zu bieten und den Rechtsanspruch für unter 3jährige Kinder auch im ländlichen Raum zu realisieren.

Um perspektivisch eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule zu erreichen, will die SPD in den von ihr regierten Ländern die Kitagebühren soweit möglich schrittweise abschaffen.

Der möglichst frühe Kita-Besuch ist auch Kern der SPD-Bildungspolitik, die elterliche Betreuung erhält daher keine Unterstützung.

Die Abschaffung des Betreuungsgeldes zugunsten von Betreuungsangeboten zählt zu den wichtigsten Schwerpunkten des Programms.



Wahlfreiheit bei Erziehungs- und Erwerbsarbeit: Die FDP will die Nutzung von flexiblen Arbeitszeitmodellen, Home-Office-Möglichkeiten, Freistellungsphasen und den Wechsel zwischen Vollzeit und Teilzeit in Unternehmen erleichtern und sich für eine lebensphasenorientierte Personalpolitik und familienorientierte Arbeitszeiten einsetzen. Klare Vorgaben macht die FDP den Unternehmen nicht, sie setzt vor allem auf Appelle und Anreize.

Änderungen sind beim Elterngeld geplant: Es soll durch bessere Teilzeitmöglichkeiten flexibilisiert werden, die Partnermonate werden gestärkt. Für Selbstständige sind Erleichterungen bei der Einkommensanrechnung vorgesehen.

Wahlfreiheit bei der Betreuung: In der Verantwortung für Kinder sehen die Liberalen zunächst die Eltern und erst dann Staat und Gesellschaft. Gleichzeitig setzt die FDP aber auch auf möglichst umfangreiche Betreuungsangebote, die „zur Arbeitszeit der Eltern passen“.

Dafür wird die Gleichstellung von Betriebskindergärten und privaten Einrichtungen mit öffentlichen, gemeinnützigen und kirchlichen Trägern sowie eine Besserstellung von Tageseltern gefordert.

Auch bildungspolitisch stehen Kindertageseinrichtungen als „Orte fürsorglicher Betreuung und frühkindlicher Bildung“ im Zentrum.

Das Betreuungsgeld soll hinsichtlich seiner Wirkungen überprüft werden. Wenn es das Ziel, mehr Wahlfreiheit zwischen privater und staatlicher Kinderbetreuung zu ermöglichen, nicht erreicht, will die FDP die neu eingeführte Leistung wieder abschaffen.



Wahlfreiheit bei Erziehungs- und Erwerbsarbeit: Im Dialog mit den Sozialpartnern wollen die Grünen Modelle entwickeln, die mehr Zeit für Familie schaffen.

Sie orientieren sich dabei am Leitbild einer vollzeitnahen Teilzeit für beide Elternteile. Auf diese Zielgruppe soll auch das Elterngeld zugeschnitten werden. Noch recht offen formuliert, sollen dafür das Teilelterngeld für Eltern, die sich Berufstätigkeit und Kindererziehung teilen sowie die Partnermonate weiterentwickelt werden. Für bedürftige Familien wird das Elterngeld nicht mehr auf Hartz IV angerechnet.

Geplant ist außerdem die Flexibilisierung der Elternzeit. Das im Teilzeit- und Befristungsgesetz verankerte Recht auf Teilzeit soll durch ein Rückkehrrecht auf eine Vollzeittätigkeit ergänzt werden. Für Kindererziehung, Pflege, Ehrenamt und private Belange sollen Freistellungen über Arbeitszeitkonten ermöglicht werden, eine besondere Unterstützung für Erziehungsphasen ist allerdings nicht vorgesehen.

Den beruflichen Wiedereinstieg wollen die Grünen vor allem durch die Abschaffung des Ehegattensplittings und der Familienmitversicherung erreichen. Für Wiedereinsteigerinnen soll es ein Aktionsprogramm geben, gezielte Maßnahmen werden im Programm aber nicht genannt.

Zahlreiche Maßnahmen zielen auf die Gleichstellung von Frau und Mann am Arbeitsplatz, Frauenförderung und die Einhaltung von Mindestlöhnen sollen auch Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Aufträge werden.

Wahlfreiheit bei der Betreuung: Es wird zwar betont, dass Bildung in der Familie beginnt und dass Kinder Zeit zum Spielen und Zeit mit ihren Eltern, Geschwistern und ihrem Umfeld brauchen. Die besten Chancen für Kinder, ihre Potenziale und Interessen zu entfalten, liegen aus Sicht der Grünen aber im Ausbau und der direkten Förderung von Betreuungseinrichtungen.

Die Abschaffung des Betreuungsgeldes gehört deshalb zu den wichtigsten Schwerpunkten im Wahlprogramm.

Dafür versprechen die Grünen den Eltern eine Betreuungsgarantie für Kinder ab dem 1. Lebensjahr und wollen den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr auf eine ganztägige Betreuung ausdehnen.

Mit bundesweiten Mindeststandards soll die Qualität von Betreuungsangeboten verbessert werden. Für die Qualitätsoffensive und den zügigen Ausbau der Kinderbetreuung sollen vom Bund jährlich 1 Mrd. Euro zusätzlich bereitgestellt werden. Über ein 2. Ganztagschulprogramm soll der flächendeckende Aufbau von Ganztagschulen mit verbindlichen Nachmittagsangeboten für alle Kinder erreicht werden.

DIE LINKE. **Wahlfreiheit bei Erziehungs- und Erwerbsarbeit:** Die Linke will einen besonderen Kündigungsschutz bis zum 6. Lebensjahr des Kindes einführen. Sie setzt für Eltern auf eine individuelle Existenzabsicherung durch Vollzeitarbeit, allerdings perspektivisch nur noch mit einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für alle.

Um Zeit für Erholung, Muße und selbstbestimmte Tätigkeit und die Erziehung von Kindern zu geben, soll der Teilzeitanspruch auf alle Beschäftigten ausgedehnt und um einen Rückkehranspruch auf eine Vollzeitstelle ergänzt werden. Alle Beschäftigten sollen zweimal im Leben ein Sabbatjahr nehmen können.

Das Elterngeld wird zu einem „sozial ausgestalteten“ und flexibilisierten Elterngeldkonto bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres des Kindes weiterentwickelt und nicht mehr auf Hartz IV angerechnet. Ein flexibler, nicht übertragbarer Elterngeldanspruch von 12 Monaten pro Elternteil (Alleinerziehende 24 Monate) soll das Betreuungsgeld ersetzen. Für den Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause werden kostenfreie Weiterbildungsangebote vor allem für Alleinerziehende gefordert.

Wahlfreiheit bei der Betreuung: Betreuung, Bildung und Erziehung sollen vor allem in starken Institutionen stattfinden. Dafür wird der Ausbau einer gebührenfreien öffentlichen Ganztagsbetreuung und -bildung gefordert. Bei der Bereitstellung von Plätzen in Kindertagesstätten soll der tatsächlich Bedarf gelten. Das Betreuungsgeld für häusliche Betreuung will die Linke streichen.

Der Deutsche Familienverband – eine starke Gemeinschaft



Der Deutsche Familienverband e.V. (DFV) engagiert sich seit 90 Jahren für die Belange der Familien in Deutschland auf lokaler, regionaler und bundesweiter Ebene.

Mit unserem gemeinnützigem Engagement verstehen wir uns als Sprecher aller Familien und setzen uns für eine Politik ein, in der die Familien in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Handelns gestellt und ihre Leistungen anerkannt werden.

Der Deutsche Familienverband ist parteipolitisch und konfessionell ungebunden und steht allen Familien in Deutschland und allen am Wohl der Familie Interessierten offen.

Mit seinen heute mehr als 15.500 Mitgliedern versteht sich der DFV als Lobby für Familien. Durch seine politische Arbeit hat der Bundesverband an der Durchsetzung vieler familienpolitischer Leistungen wie bspw. des Erziehungsgeldes, des Erziehungsurlaubs mit Beschäftigungsgarantie (Vorläufer der Elternzeit), der Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rente sowie im Bereich der Wohnungsbaupolitik maßgeblich mitgewirkt.

In 16 Landesverbänden und vielen Orts- und Kreisverbänden wird aktive und engagierte Arbeit vor Ort geleistet. Dazu gehört politische "Einmischung" ebenso wie ein reiches Programm an Aktionen, Beratungs- und Hilfsangeboten sowie die Durchführung von Familienerholungen und Familienbildungsseminaren, zum Teil in eigenen Häusern.

Über sein Magazin „DFV-Familie“, seine Webseite und über seinen DFV-Newsletter informiert der Deutsche Familienverband Mitglieder und Interessierte zu Fragen der Familienpolitik und des Familienalltags. Damit betreibt der DFV über den Kreis der Mitglieder hinaus eine öffentliche Bewusstseinsbildung für Familieninteressen.

„Eine gute, eine nachhaltige und verlässliche Familienpolitik ist für uns die zentrale Herausforderung der Gegenwart und die wichtigste Weichenstellung in die Zukunft. Denn allein unsere Kinder sind die Zukunft des Gemeinwesens. Familien sorgen durch die Erziehung der nächsten Generation für Innovation in Wirtschaft, Politik und Kultur. Sie schaffen damit die Grundvoraussetzung für die Fortexistenz von Staat und Gesellschaft, für ihre Stabilität und Erneuerung zugleich.“

Dr. Klaus Zeh

Präsident des Deutschen Familienverbandes



So einfach können Sie Gutes für Familien tun!

„Einen einzelnen Ast kann man brechen, ein ganzes Bündel nicht!“, lautet eine bekannte Lebensweisheit. Nur wenn zwei Partner ein gemeinsames Ziel verfolgen, werden sie Erfolg haben. Daher möchten wir Sie an unserer Seite wissen, weil wir ein Ziel haben, das es sich zu unterstützen lohnt: die Familie.

Ihr Engagement für die gute Sache ist nicht schwer. Hier stellen wir Ihnen kurz & prägnant verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten vor. Wir sorgen dafür, dass Ihre Unterstützung an der richtigen Stelle ankommt – schnell, unbürokratisch und nachhaltig eingesetzt.

Engagiert im Ortsverband

Sie möchten vor Ort aktiv werden? In zahlreichen Orts- und Landesverbänden setzen sich viele Menschen mit großem Engagement für Familien und eine Politik für Familien ein. Machen Sie mit! Ist bei Ihnen kein Ortsverband in der Nähe? Wir helfen Ihnen bei der Gründung!

Privat- und Unternehmensspenden – Helfen Sie uns helfen!

Sie sind von der Wichtigkeit des Deutschen Familienverbandes überzeugt und wollen etwas Gutes tun? Dann ist Ihre abzugsfähige Spende bei uns in sicheren Händen. Als Unternehmen können Sie auch offizielles Fördermitglied des Deutschen Familienverbandes werden.

Projektförderung

Ihnen liegt ein besonderes Familienprojekt am Herzen? Wir helfen Ihnen bei der Umsetzung und erläutern Ihnen, wie Sie Ihre Unterstützung am besten einsetzen können.

Rest-Cent-Aktionen/Spendendosen

Jeder kleine Cent kann gesammelt zu einer großen Summe anwachsen. Das hilft!

Spendenaufruf

Machen Sie auf die gemeinnützige Arbeit des DFV aufmerksam: Unter Freunden und Kollegen, in Newslettern, in Ihrem Blog und auf Ihrer Webseite oder in Ihrer (Unternehmens-) Zeitung.

Ansprechpartner – Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme!

Deutscher Familienverband e.V.
Luisenstraße 48
10117 Berlin

E-Mail: post@deutscher-familienverband.de
www.deutscher-familienverband.de

Tel. 030 / 30 88 29 60

Fax. 030 / 30 88 29 61

Siegfried Stresing
Bundesgeschäftsführer

Iris Emmelmann
Grundlagenreferentin

Sebastian Heimann
Fundraiser & Projektmanager



DER FAMILIE VERPFLICHTET